

Breite Front gegen Couchepin

Krankenkassen legen Beschwerde wegen Prämien ein



Gesundheitsminister Pascal Couchepin: Krankenkassen befürchten Gefährdung der finanziellen Sicherheit der Grundversicherer

FOTO: KEY

VON BENITA VOGEL

BERN Dicke Post für den abtretenden Gesundheitsminister Pascal Couchepin. Gleich mehrere Krankenkassen reichen Aufsichtsbeschwerden gegen ihn ein. Dies wegen der Praxis zur Bewilligung der Krankenkassenprämien. Am Freitag haben Swica und Concordia je eine Beschwerde gegen Couchepins Department (EDI) und das Bundesamt für Gesundheit BAG an den Gesamtbundesrat verschickt. Nächste Woche wird KPT dasselbe tun. Die drei Kassen bestätigen dies der SonntagsZeitung. Sie vertreten über 1,6 Millionen Versicherte.

Im Zentrum steht der Vorwurf, dass das BAG bei mehreren Kassen zu tiefe Prämien genehmigt hat, indem es zulässt, dass die Kassen ihre Lächer in der Grundversicherung durch Einnahmen aus der Zusatzversicherung stopfen. «Das BAG hat dieses Jahr Prämien genehmigt, die eventuell bereits im Juli erhöht werden müssen – damit hat es seinen Job definitiv nicht gemacht», sagt KPT-Sprecher Reto Egloff. Concordia-Chef Nikola Dittli haut eins drauf: «Die Quersubventionierung gibt es schon lange, jetzt wird sie offi-

ziell toleriert und sogar noch gefördert.» Das Nachsehen hätten vor allem ältere und kranke Versicherte. Ihnen drohen höhere Prämien, weil sie wegen hoher Hürden die Zusatzversicherung nicht einfach wechseln könnten. «Sie haben jahrelang ihre Prämien bezahlt und werden nun bestraft, damit Billigkassen ihre Dumpingprämien finanzieren können.»

Auch Konsumentenschützer, Ärzte und Kantone protestieren

Die Swica macht in der Beschwerde, die der SonntagsZeitung vorliegt, geltend, dass das BAG bei den Quersubventionen weder die Legalität der Gelder noch deren Nachhaltigkeit prüfe. «Niemand weiss, ob und wie lange diese Zusagen tatsächlich künftig eingehalten werden können.» Das BAG nehme dadurch die Gefährdung der finanziellen Sicherheit der Grundversicherer bewusst in Kauf – mit anderen Worten: Das Risiko von Kassen-Konkursen ist akut.

Im laufenden Jahr werden die Ausgaben der Versicherer die Prämieinnahmen in der Grundversicherung um 1,2 Milliarden Franken übersteigen. Mit der Unterfinanzierung aus dem Vorjahr klafft ein Loch von insgesamt 2 Milliar-

den Franken. Geht ein Versicherer Konkurs, muss der Insolvenzfonds einspringen. «Der mit 70 Millionen Franken dotierte Fonds reicht aber nirgends hin, wenn einer der grossen Versicherer Konkurs gehen sollte», sagt Swica-Chef Hans-Ueli Regius. Dann müssen die Prämienzahler den Schaden bezahlen. Swica verlangt in der Beschwerde Schadenersatz vom Bund, falls Versicherte für eine allfällige Insolvenzfonds-Äufnung zahlen müssten. Nun wollen die Kassen, dass der Bundesrat die Quersubventionierung verbietet.

Mit dem Anliegen sind sie nicht allein. Dass Krankenkassen tiefere Grundversicherungsprämien mit Einnahmen aus der Zusatzversicherung finanzieren, stosse auch bei Kantonen, Ärzten, Konsumentenschützern und Privatspitälern auf Kritik. Kein Wunder, denn mit steigenden Zusatzversicherungsprämien werden sich weniger Versicherte eine halb- und private Spitalversicherung leisten können oder wollen. Das hat für Ärzte und Spitäler und damit auch für die Kantone tiefere Erträge zur Folge. «Die Quersubventionierung muss gestoppt werden», sagt Jacques De Haller, Präsident der Ärzteverbindung. Ins

gleiche Horn stossen Konsumentenschützer Andreas Tschöpe und Raymond Loretan von der Genfer Privatspitalgruppe Genolier. Damit würde auch das Problem der geteilten Aufsichten geklärt. Die Zusatzversicherungsprämien werden heute von der Finanzmarktaufsicht geprüft.

Quersubventionierung ist höchstens Übergangslösung

Für Carlo Conti, Basler Gesundheitsdirektor und Vizepräsident der Konferenz der Gesundheitsdirektoren, ist die BAG-Politik wettbewerbsverzerrend. Als zeitlich beschränkte Übergangslösung könnte er die Quersubventionierung allenfalls akzeptieren. Die sonst schon hohe Bandbreite zwischen den Grundversicherungsprämien würde durch Quersubventionen noch vergrössert.

Die SonntagsZeitung hätte gerne den BAG-Krankenkassenchef Peter Indra direkt zu den Vorwürfen befragt. Ein zugesagtes Interview sagte er kurzfristig ab. Die Medienabteilung sagt: «Es ist das Recht einer Versicherung, eine solche Beschwerde einzureichen. Das BAG hat sich gemäss den rechtlichen Voraussetzungen verhalten.» **KOMMENTAR SEITE 17**



MARKUS GISLER

Neue Vorschriften bergen Risiken

In Istanbul trafen sich diese Woche die Gouverneure des Internationalen Währungsfonds, in Basel die Börsenaufsichtsbehörden: Notenbankchefs gaben Interviews: Zentrales Thema überall: Was tun, damit sich die Finanzkrise nicht wiederholt? Wie sind die Leitplanken zu setzen, dass künftig grosse Banken im Krisenfall in den Konkurs geschickt werden können, ohne das globale System zu gefährden? Die Lösung heisst: mehr Eigenkapital, höhere Liquidität, ein gangbares Konkursverfahren und all dies weltweit nach einheitlichen Regeln.

Die Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) hatte nach dem UBS-Debakel rascher gehandelt als alle andern Regulatoren und Credit Suisse sowie UBS zu einer höheren Eigenkapitalquote verpflichtet. Die Vorschrift für nachhaltigere Liquidität soll folgen. Das Vorpreschen hat bei den Grossbanken verständlicherweise zu etwelcher Nervosität geführt, sah es doch lange so aus, als würden die anderen bedeutenden Finanzplätze mit ihren Banken pfleglicher umgehen, was selbstredend die Schweizer Banken benachteiligt hätte. Mittlerweile scheint ein Konsens innerhalb der OECD in greifbarer Nähe: Das Financial Stability Board will bis Ende Jahr einheitliche Regeln verabschieden. Der Chef dieser Aufsichtsbehörde, Mario

Draghi, und Finma-Präsident Eugen Haltiner bestätigen, dass sie die strengeren Vorschriften erst nach und nach einführen wollen, um die sich abzeichnende Konjunkturerholung nicht abzuwürgen.

UBS und Credit Suisse vorzuwerfen, sie würden sich generell gegen schärfere Vorschriften wehren, wie das Kritiker tun, ist schlicht falsch und zementiert das Klischee der bösen, uneinsichtigen Banken. Es fehlt indessen an einer nüchternen Analyse über die Auswirkungen der geplanten Eigenkapitalquoten und strengeren Liquiditätsvorschriften. Die Grossbanken haben längst «Too-big-to-fail-Ausschüsse» gebildet. Finma und Nationalbank müssten sich mit diesen Arbeitsgruppen an einen Tisch setzen. Zu starke Restriktionen behindern die Kreditvergabe. Beispiel: Die von der britischen Finanzmarktaufsicht skizzierten neuen Liquiditätsvorschriften würden die Banken zwingen, insgesamt 370 Milliarden Pfund an zusätzlicher Liquidität zu halten. Geld, das dem Kreditgeschäft entzogen würde. Ob es sinnvoll ist, CS und UBS das Investmentbanking mehrheitlich zu verbieten, wie das manche möchten, muss auch gründlich geprüft sein. Immerhin haben beide Banken die Risiken massiv zurückgefahren. Es ist einfach, nach neuen Regeln zu rufen, aber ziemlich anspruchsvoll, diese so zu definieren, dass sie die Lage nicht verschlimmern.

► FORTSETZUNG VON SEITE 53

Von Krise noch keine Spur

SonntagsZeitung vom 27. 9. 2009) Dies vor allem, weil die Verpflegungskosten tiefer sind als in Hotels. In Grindelwald beispielsweise sind diese im Februar ausgebucht. Zu buchen sind nur noch kleinere Wohnungen. Und auch auf der Rieder- und Bettmeralp sind die Ferienwohnungen in den Wochen vom 13. Februar bis 6. März 2010 zu 95 Prozent belegt. In den Hotels gebe es eher noch freie Zimmer, sagen die Tourismusverantwortlichen.

Entsprechend sind Tourismusorte mit einem hohen Anteil an

Ferienwohnungen optimistischer für die ganze Wintersaison 2009/2010. Scuol, wo 56 Prozent der Logiernächte auf Ferienwohnungen entfallen, rechnet «mit einer schwarzen Null». Im letzten Winter wurden knapp 400 000 Übernachtungen gezählt. Auch Blatten-Belalp mit 600 Chalets und nur sieben Hotels erwartet für den ganzen Winter keine grosse Abweichung zur Vorjahresaison. Ebenso Grindelwald.

Spezialangebote gegen die Flaute in der Nebensaison

Auf der Riederalp rechnet der Tourismusdirektor mit einem Minus um 6 Prozent, und auch Arosa prognostiziert trotz gutem Buchungsstand in der Hauptsaison ein Rückgang der Logier-

nächte von bis zu 5 Prozent. «Sorgen machen uns die Vor- und Zwischensaison», sagt der Riederalper Tourismusdirektor Geri Berchtold. Hier seien die Buchungen sehr kurzfristig, das werde durch die Wirtschaftskrise noch akzentuiert. Zudem spiele auch das Wetter hier eine viel wichtigere Rolle.

Damit die Flaute nicht zu stark wird, greifen Orte zu Spezialangeboten und Aktionen. Arosa führt nach Weihnachten eine Sonnen-garantie ein. Scheint die Sonne nicht mindestens 4 Stunden pro Tag, gibt es einen Teil des Skipasspreises zurück. Dabei springt ein Rabatt von bis zu 300 Franken heraus. Zudem soll ein neuer «Entspannungsberg» zusätzliche Skifahrer anlocken: Auf dem Brü-

gerhorn gibt es eine Kneippanlage, eine Chillout Lounge, und der Sessellift fährt langsamer als an anderen Hängen. In Scuol reisen die Gäste in der Vor- und Zwischensaison im Zug gratis an.

Auch Schweiz Tourismus investiert mit. Das gesamte Investitionsvolumen für den Winter wurde um eine halbe Million auf 20 Millionen erhöht. Und aus dem 15 Millionen Franken schweren Konjunkturpaket, das im Frühling für den Tourismus geschnürt wurde, bleiben knapp 5 Millionen für Winteraktionen übrig. Damit wird vor allem in die Märkte Schweiz, Deutschland Frankreich und Italien investiert.

Auch verstärkt auf den Schweizer und den europäischen Markt setzen wollen die international

bekannten Schweizer Skiorte Zermatt, Verbier oder St. Moritz. «Wir zielen dieses Jahr auf den Schweizer Markt und Familien ab», sagt der Zermatter Tourismusdirektor Daniel Luggen. Dazu startet Mitte November eine Werbekampagne auf Internetportalen wie Bluewin.

In Zermatt und St. Moritz sind wieder Heimgäste gesucht

St. Moritz setzt die 4,7 Millionen Franken Werbemittel für diesen Winter ebenfalls verstärkt in Mitteleuropa ein. «Mit den USA ist der Preiskampf enorm», sagt die Chefin von Engadin-St.-Moritz-Tourismus Ariane Ehrat. Dort würden Angebote um bis zu 30 Prozent verbilligt, um die Touristen im Land zu halten.

Das Unterwalliser Gebiet Verbier positioniert sich mit St. Bernard ganz neu. Die Region, abhängig von britischen Touristen, leidet unter deren Wegbleiben. Den Briten ist die Schweiz wegen des schwachen Pfunds zu teuer geworden. Mit der Reorganisation will der Verbund Verbier St. Bernard ab November auf die Märkte Schweiz, Frankreich und Deutschland setzen. «Wir wollen den Namen Verbier wieder auf die Schweizer Karte setzen», sagt Pierre-Yves Déleze. Das Marketingbudget wurde auf 2 Millionen Franken verdoppelt. Für diese Saison bleibt Déleze skeptisch. Prognosen wagt er keine. Ein kleiner Lichtblick bleibt: «Weihnachten ist relativ gut gebucht», sagt er. Jetzt fehle aber noch der Schnee.